



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
Deutschen Ärztinnenbunds e. V.**

- 1. Wie stehen Sie der Tatsache gegenüber, dass die ärztliche Selbständigkeit durch den vermehrten Aufkauf von Vertragsarztsitzen durch Konzerne oder große Praxisverbände (MVZ oder ÜBAG) gefährdet wird?**

**Antwort**

Den Kern unseres freiheitlichen Gesundheitswesens bilden die freie Arzt- und Krankenhauswahl, die Therapiefreiheit und die Unabhängigkeit der freien Gesundheitsberufe. Daran halten wir fest.

Um der Gefahr zu begegnen, dass medizinische Entscheidungen von Kapitalinteressen beeinflusst werden, haben wir bereits 2012 mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz geregelt, dass zur Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) nur noch Vertragsärzte, Krankenhäuser, bestimmte Erbringer nichtärztlicher Dialyseleistungen sowie bestimmte gemeinnützige Trägerorganisationen berechtigt sind. Auch wurde die Gründung eines MVZ in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft ausgeschlossen. Die Leitung eines MVZ muss in der Hand eines Arztes oder einer Ärztin liegen, die in dem MVZ selbst tätig und in medizinischen Fragen weisungsfrei sind.

Um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, brauchen wir für eine bedarfsgerechte Patientenversorgung eine Vielfalt bei den ärztlichen Versorgungsmodellen. Dazu gehören die Einzelpraxis, die Medizinischen Versorgungszentren und andere kooperative Modelle. CDU und CSU sind offen für die weitere Entwicklung und werden berücksichtigen, was den ärztliche Nachwuchs anstrebt.

- 2. Wie wirken Sie der zunehmenden Abwanderung junger Ärztinnen und Ärzte in patientenferne Bereiche entgegen?**

**Antwort**

Die Reform des Medizinstudiums muss zeitnah umgesetzt werden. Dabei sind vor allem die Bundesländer in der Verantwortung. Die Reform des Medizinstudiums kann aber nur ein Baustein sein, um die ärztliche Versorgung langfristig zu sichern. Wir müssen den Arztberuf mit verschiedenen Maßnahmen attraktiv erhalten. Dazu gehören

eine auskömmliche Vergütung, flexiblere und günstigere Niederlassungsmöglichkeiten, kooperative Versorgungsmodelle und andere Anreize.

### **3. Wie wollen Sie die Allgemeinmedizin in Deutschland stärken?**

#### **Antwort**

Der Masterplan 2020 bringt für das Medizinstudium einen klaren, lang erwarteten Qualitätsschub. Davon profitieren die künftigen Ärzte und die Patienten gleichermaßen. Wir setzen in Zukunft mehr auf die Ausbildung von Kompetenzen, denn die Ärztinnen und Ärzte von morgen sollen besser als bisher auf die ärztlichen Aufgaben und die Versorgung der Patientinnen und Patienten in der Praxis vorbereitet sein. Das Gesamtpaket an Maßnahmen ist der richtige Ansatz zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Wir stärken die Allgemeinmedizin im Studium. Junge Medizinerinnen und Mediziner werden sich während ihrer Ausbildung stärker als bisher mit einer Tätigkeit in ländlichen Regionen befassen. Und wir öffnen den Weg für die Landarztquote. Sie kann zu einem wichtigen Hebel werden, um die ärztliche Versorgung auf dem Land auch in Zukunft zu sichern.

### **4. Wollen Sie die Gendermedizin in der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten stärker verankern?**

#### **Antwort**

Wie bereits ausgeführt, bringt der Masterplan 2020 für das Medizinstudium einen klaren, lang erwarteten Qualitätsschub. Davon profitieren die künftigen Ärztinnen und Ärzte und die Patientinnen und Patienten gleichermaßen. Die Lehre wird künftig an der Vermittlung arztbezogener Kompetenzen ausgerichtet. In der Ausbildung soll frühzeitig die konsequente Orientierung am Patienten und seinen Bedürfnissen erlernt und eingeübt werden.

**5. Was werden Sie gegen die nach wie vor beklagenswert geringe Anzahl von Ärztinnen in medizinischen Führungspositionen tun?**

**Antwort**

Unter der Regierungsverantwortung der Union wurden die Frauenquote für Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst und das Entgelttransparenz-Gesetz verabschiedet. Wir setzen uns weiter für die berufliche Gleichstellung ein. In der neuen Legislaturperiode werden wir die Gleichstellung in Führungspositionen im öffentlichen Dienst entschieden vorantreiben. Wir wollen sie bis spätestens 2025 abschließend erreicht haben.

Ein entscheidender Baustein, damit Frauen mehr in Führungspositionen kommen, ist jedoch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unter der Regierungsverantwortung von CDU und CSU haben wir den Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes bis zur Grundschule eingeführt. Künftig steht für uns die Weiterentwicklung der Qualität der Betreuungsangebote im Fokus. Um auch Betreuungsmöglichkeiten im Grundschulalter verbindlich sicherzustellen, wollen wir einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen. Darüber hinaus wollen wir mit neuen Arbeitszeitmodellen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und das Arbeitszeitrecht modernisieren. Wir werden prüfen, ob im Rahmen von Familien- und Lebensarbeitszeitkonten mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden kann.

**6. Wie wollen Sie die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit durch die Umsetzung von Gender Mainstreaming im Gesundheitswesen in Bund und Ländern fördern?**

**Antwort**

CDU und CSU setzen sich für Gleichbehandlung ein. Der Gleichstellungspolitik von CDU und CSU liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und ver-

ringert. Es ist festzustellen, dass beispielsweise in der Bundesverwaltung mittlerweile mit 54 Prozent mehr Frauen als Männer beschäftigt sind.

Wir haben die Frauenquote für Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst und das Entgelttransparenz-Gesetz verabschiedet. Auch in Zukunft setzen wir uns weiter für die berufliche Gleichstellung ein. Der öffentliche Dienst soll als gutes Beispiel Schule machen. Bis spätestens 2025 wollen wir die völlige Gleichstellung in Führungspositionen im öffentlichen Dienst erreicht haben. Darüber hinaus setzen wir verstärkt auf Bündnisse mit und in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

## **7. Wie stehen Sie zur gendergerechten Sprache in allen Gesellschaftsbereichen?**

### **Antwort**

CDU und CSU sind der Überzeugung, dass Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar sein sollten. Sprache ist ein wichtiges Mittel zur Herstellung dieser Sichtbarkeit. Daher setzen wir uns dafür ein, sprachlich in allen Gesellschaftsbereichen weibliche und männliche Formen zu verwenden. Allerdings schließen wir Formulierungen mit dem „generischen Maskulinum“ nicht gänzlich aus. Zudem werden wir bestimmte Gender-Übertreibungen sicherlich vermeiden. Hierzu zählen beispielsweise „Student-innen“ und das Begriffskonstrukt „frau“ anstelle von „man“.

## **8. Wie stehen Sie zu der Tatsache der unverändert überdurchschnittlich hohen Selbstmordrate von Ärztinnen und Ärzten trotz der Einführung des Präventionsgesetzes?**

### **Antwort**

Wir haben die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen, damit die Versorgung von psychisch kranken Menschen und die Suizidprävention weiter verbessert werden können. In dieser Legislaturperiode wurden bereits mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, dem Präventionsgesetz und dem Hospiz- und Palliativgesetz wichtige gesetzliche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die positive Auswirkungen auf die Suizidprävention haben werden. Darüber hinaus führt die Bundesregierung wichtige Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der Versorgung von Risikogruppen für

suizidales Verhalten durch und fördert diese. Des Weiteren haben wir einen Antrag „Suizidprävention weiter stärken – Menschen in Lebenskrisen helfen“ in den Deutschen Bundestag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, weitere Maßnahmen zu ergreifen und Projekte anzustoßen.

**9. Welche Schritte planen Sie, die absurde und überbordende Bürokratie im Gesundheitswesen zu beenden?**

**Antwort**

Ein bereits heute erfolgreiches Instrument ist die von uns eingeführte Bürokratiebremse. Nach dem Prinzip „One in, one out“ müssen steigende Bürokratiekosten an anderer Stelle wieder eingespart werden. Wir wollen die Ausnahmen von dieser Regel kritisch prüfen und sinnvoll kürzen. Dabei bietet die Digitalisierung auch Chancen, bürokratische Aufgaben zu vereinfachen.